

Engagierter Realismus

ty. Eines kann man der SP nicht vorwerfen: Dass es in der Partei nicht lebhaft zu und her geht. Eigentlich war SP-Ständerätin Anita Fetz am vergangenen Dienstag nach Riehen gekommen, um im Rahmen der «SP-Talk»-Reihe über die von ihrer Partei unterstützten «Steuergerechtigkeits-Initiative» zu sprechen. Aber die Folgen der Ereignisse am letzten schweizerischen Parteitag vor zwei Wochen waren auch in Riehen noch zu spüren. «Immerhin redet seit zehn Tagen die ganze Schweiz ununterbrochen über uns», gewann Fetz den Umständen eine positive Seite ab.

Die «Überwindung des Kapitalismus», wie sie die SP an jenem Tag einmal mehr beschlossen hatte, sei eine «Lachnummer», die mit der Vergangenheit und dem real existierenden Sozialismus in Verbindung gebracht werde, und nicht mit der Zukunft, die ein Parteiprogramm versprechen sollte. Zwar sei Platz in den Parteiprogrammen für visionäre Ideen, aber zwischen Absicht der Ankündigung und Wirkung in Medien und Bevölkerung habe eine klaffende Lücke geherrscht.

Anita Fetz erwies sich im familiären Rahmen von etwa zwei Dutzend interessierten Zuhörern als Vollblutpolitikerin, die gerne zu jedem Thema prononciert Stellung nimmt. Das sei auch der Grund, entgegnete sie alt Gemeinderat Michael Martig, der mit ihr das Gespräch führte, weshalb sie bei den letzten Bundesratswahlen nicht als Kandidatin im Gespräch gewesen sei: Mit ihrem Temperament sei sie für das Amt eher ungeeignet, zumal ihr 16-Stunden-Arbeitstage ohne freie Wochenenden und kaum Kontakt zur Bevölkerung wenig behagten.

Anita Fetz sollte vor allem zur «Steuergerechtigkeits-Initiative»



Ständerätin Anita Fetz und alt Gemeinderat Michael Martig im SP-Talk.

Foto: Toprak Yerguz

sprechen, kommentierte aber auch die Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer», deren Gegenvorschlag am erwähnten Parteitag für rote Köpfe innerhalb der SP geführt hatte. Die Partei ist sich einig bei der Ablehnung der Initiative, teilte sich jedoch bei der Beurteilung des Gegenvorschlags.

Fetz setzt sich «mit Vehemenz und Überzeugung» für den Gegenvorschlag ein. Dass man mit der Stichfrage, von vielen Genossen als Legitimation für die Ablehnung sowohl von Initiative und Gegenvorschlag ins Feld geführt, den Unterschied zugunsten des Gegenvorschlags machen könne, sei trügerisch. Das komme nur zur Anwendung, wenn dieser an der Urne angenommen wird. Erhalte der Gegenvorschlag jedoch unter 50 Prozent der Stimmen, die Initiative jedoch eine Mehrheit, sei die Stichfrage nutzlos.

Um eine Prognose gebeten, meinte Fetz: «Ich hoffe, ich täusche mich, aber ich glaube, dass die Initiative ei-

ne Mehrheit erhält.» Wird die Initiative angenommen, werde es zu einem Ausschaffungsautomatismus selbst bei geringen Vergehen kommen. «Selbst bei Bagatellfällen kommt es auch für lange in der Schweiz wohnhafte Ausländer zu einer automatischen Ausschaffung.» Das sei nicht angemessen: «Man muss die Realitäten wahren.»

Zur anderen Abstimmungsvorlage vom 28. November war für Anita Fetz die Sache klar: «Es geht um Gerechtigkeit.» Es gehe nicht, dass acht Geber-Kantone über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) Zahlungen an 18 Nehmer-Kantone vornehmen, die jene dann benutzen, um mit tiefen Steuern den Gebern die besten Steuerzahler abzuwerben. Deshalb sehe die «Steuergerechtigkeits-Initiative» vor, einen Mindeststeuersatz für alle Kantone einzuführen. Das sei keine Verhinderung des Steuerwettbewerbs: «(Normale) Kantone stehen weiterhin im Wettbewerb.» Verhindert werden solle hingegen, dass ein Kanton Zahlungen über die NFA erhält und damit tiefere Steuern ausgleiche, womit den Geber-Kantonen keine Chance für einen fairen Wettbewerb bliebe.

Fetz erklärte, weshalb eine Lösung über die NFA unrealistisch ist: Da die Nehmer-Kantone in der Mehrheit sind, können sich die Geber-Kantone wie Basel-Stadt in Ständerat und Nationalrat nicht mit einem Änderungsantrag durchsetzen.

Zum Abschluss des Abends setzte sich Anita Fetz zu den Riehener Genossen an einen Tisch, wo die Diskussionen weitergingen. Die Ständerätin mit Sinn für das Machbare dürfte dort noch die eine oder andere Frage zur Lage der SP beantwortet haben.